

9. Mai 2006, 22:41, NZZ Online

## **Schweiz in den Uno-Menschenrechtsrat gewählt**

### **Aufnahme Venezuelas und Irans verweigert**

**Die Uno-Generalversammlung hat die Mitglieder des neu geschaffenen Menschenrechtsrats gewählt. Die Schweiz erhielt 140 Stimmen. Auch umstrittene Länder wie China, Saudiarabien und Kuba wurden Mitglieder. Die USA hatten auf eine Kandidatur verzichtet.**

rte. New York, 9. Mai

Mit dem viertbesten Resultat ihrer Gruppe wurde die Schweiz in den neugegründeten Menschenrechtsrat gewählt, der die Uno-Menschenrechtskommission in Genf ersetzt. Im Rat nehmen auch Länder wie China, Kuba oder Saudiarabien Einsitz, deren Umgang mit den Menschenrechten oft kritisiert wird. 47 Staaten sind im neuen Gremium vertreten, das effektiver als die bisherige 53-köpfige Menschenrechtskommission arbeiten soll und dessen Mitglieder sich den Menschenrechten verpflichten müssen. Für die Wahl benötigt war das absolute Mehr in der Generalversammlung, 96 Stimmen von 191 möglichen.

### **Wahl als Auftrag an die Schweiz**

Schon nach dem ersten Wahlgang am Dienstagmittag im Uno-Hauptsitz in New York stand die schweizerische Mitgliedschaft im Rat fest. 140 Staaten wählten die Schweiz in den Rat; sie kam damit gleich hinter die europäischen Mächte Deutschland (154 Stimmen), Frankreich (150) und Grossbritannien (148) zu liegen. Mit weniger Stimmen wurde aus den neun Kandidaten der westlichen und anderen Länder zudem den Niederlanden, Finnland und Kanada je einer der sieben Sitze zugeteilt. Auch Griechenland und Portugal erreichten das absolute Mehr, mussten aber den Bestplacierten die Sitze überlassen.

Der Chef der politischen Abteilung des EDA für Uno-Belange, Ulrich Lehner, sagte nach der Abstimmung, das Ergebnis sei auch ein klarer Auftrag der Generalversammlung an die Schweiz, sich weiterhin nach allen Kräften für die Menschenrechte einzusetzen. Die Schweiz wolle nun mithelfen, den Rat so effizient und effektiv wie möglich zu gestalten. Menschenrechte seien seit langer Zeit eine Priorität der schweizerischen Aussenpolitik, und der Rat, der die marode Menschenrechtskommission in Genf ersetzt, entstamme einer Schweizer Idee.

Die Abstimmung in der Uno-Vollversammlung erfolgte geheim, so dass Wahlzusagen nicht unbedingt eingehalten werden mussten. Das gute Abschneiden der Schweiz sei deshalb ein Vertrauensbeweis und eine Bestätigung des guten Rufes, den die Schweiz in der Organisation geniesse, sagte der Schweizer Botschafter Maurer. Die besten Wahlresultate erreichte Ghana mit 183 Stimmen, vor Zambia (182) und Südafrika (179).

Dass auch China und Kuba in den Menschenrechtsrat gewählt wurden, ist vor allem den USA ein Dorn im Auge. Die USA kandidierten als Einziges der fünf ständigen Sicherheitsratsmitglieder nicht und hatten im März gegen die Gründung des Gremiums gestimmt. Die Kriterien zur Wahl der Mitglieder seien nicht stark genug, begründeten die USA ihr Votum. Das neue Gremium sei nicht wie erhofft ein Schmetterling, sondern «eine geschminkte Raupe», bemängelte der amerikanische Uno-Botschafter Bolton. Die Nichtwahl von Iran, des Iraks und von Venezuela zeigt aber, dass die Uno-Staaten die Kriterien zur Auswahl der Ratsmitglieder, vornehmlich deren Verpflichtung gegenüber den Menschenrechten, durchaus in Betracht gezogen haben.

## **Rotation der Mitglieder**

In der Gruppe der westlichen und anderen Länder konnten die sieben Plätze, die den neun Kandidaten zur Verfügung standen, bereits im ersten Wahlgang besetzt werden. Auch die Gruppen der asiatischen Länder, Afrikas und Süd- und Lateinamerikas wählte ihre Mitglieder mit dem ersten Urnengang. In eine zweite Wahlrunde muss einzig die Gruppe der osteuropäischen Länder, von denen bisher nur Russland, Polen und die tschechische Republik gewählt wurden. Noch unklar war, wie lange die gewählten Länder in der ersten Amtsperiode im Rat Einsitz nehmen. Das Rotationsschema sieht vor, jedes Jahr einen Drittel der Ratsmitglieder zu ersetzen. Um es in Gang zu bringen, entscheidet das Los darüber, welche Staaten nach einem oder zwei Jahren bereits wieder ausscheiden. Am 19. Juni tritt der Rat in Genf zur Gründungsversammlung zusammen.

**Mehr zum Thema:**

**Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:**

<http://www.nzz.ch/2006/05/09/al/newzzEN0DW3A0-12.html>

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG